VVN-BdA begrüßt das NPD-Verbotsverfahren

Die VVN-BdA begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Verfahren über die Anträge des Bundesrates zum Verbot der NPD durchzuführen. Dadurch ist deutlich geworden, dass eine Mehrheit des zuständigen zweiten Senats keine Verfahrenshindernisse sieht.

Aus der mitgeteilten Verhandlungsgliederung und des Umstandes, dass für den 1. bis 3. März 2016 nur drei Verhandlungstermine angesetzt wurden, kann man auf eine realistische Erfolgschance schließen.

Das Gericht wird sich u. a. mit den Fragen des »ethnischen Volksbegriffes« der NPD, ihrer Stellung zu Ausländern, Asylbewerbern und Migranten, ethnischen und religiösen Minderheiten sowie ihres Antisemitismus beschäftigen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird ihr »strategisches Konzept« inklusive ihrer Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und ihrer Vernetzung mit »freien Kräften« bilden.

Der Beschluss kommt zu einer Zeit, in der die NPD sich wieder im Aufwind sieht. Die NPD ist nach wie vor die wichtigste Organisationsstruktur des deutschen Neofaschismus. Zur Zeit liefert sie vor allem die Argumentationen für eine Welle des Hasses und der Gewalt gegen Flüchtlinge insbesondere in ihren ostdeutschen Hochburgen. Ihre Aktivisten stecken hinter zahlreichen rassistischen Initiativen.

Die VVN-BdA sieht sich in ihren langjährigen Bemühungen, zuletzt mit der Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!«, bei der sie u. a. bereits 2007 175.000 Unterschriften gesammelt hatte, bestätigt.

Unabhängig von Verlauf und Ausgang des Verfahrens bekräftigt die VVN-BdA ihre Auffassung, dass neofaschistischen Gruppierungen generell und der NPD im Besonderen als ihrem aktuellen organisatorischen Kern kein Anspruch auf Legalität zukommt.

Cornelia Kerth, Axel Holz, Vorsitzende VVN-BdA

Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«

Neofaschismus in Deutschland
AUSSTELLUNG

Nächste Termine 2016

Tornesch: Klaus-Groth-Schule, 18. bis 22. Januar
Rostock: »Frieda 23«, Friedrichsstr. 23, 26. Januar bis 28. Februar
Bremen: Gewerkschaftshaus, Bahnhofstr. 22/28:, 1. bis 19. Februar (Begleitprogramm www.bremen.vvn-bda.de)
Schwedt: Gauß-Gymnasium, Antirassismus-Tag, 15. März
Salzgitter: Rathaus, Atrium, 5. April bis 27. April

Alle Informationen und Termine: www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Vormerken: Außerordentlicher Bundeskongress vom 27. bis 29. Mai 2016 in Bochum

»Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik«

Im Gegensatz zu einem »normalen« Bundeskongress wird es dort nicht um Rechenschaftsberichte, Wahlen und Antragsdebatten gehen, sondern ausschließlich um die inhaltliche Bearbeitung des Themas, nämlich um Stand und Perspektiven unserer Erinnerungs- und geschichtspolitischen Arbeit.

Wie beim letzten Bundeskongress beschlossen, wird die VVN-BdA 2016 einen Kongress zum Thema »Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik« durchführen. Der Bundesausschuss hat dafür die Form eines außerordentlichen Bundeskongresses gewählt.

70 Jahre nach der Befreiung gibt es nur noch wenige Überlebende aus Widerstand und Verfolgung, die als »Zeitzeugen/Zeitzeuginnen« aus ihrem Leben und von ihren Kämpfen berichten können. Noch sind sehr viele unserer aktiven Mitglieder geprägt durch ihre Erfahrungen mit NS-Verfolgten und Widerstandskämpfern, sei es innerhalb der Familie oder durch gemeinsame politische Tätigkeit.

Für die allermeisten der Menschen, die wir erreichen möchten, gilt dies aber nicht, insbesondere nicht für die jungen. Sie kommen mit dem »Nationalsozialismus« im Schulunterricht, beim Besuch von Gedenkstätten oder durch die Medien in Kontakt. Bruchstücke des Themas tauchen an vielen Stellen des öffentlichen Lebens auf, persönliche Zugänge dazu sind eher nicht vorhanden. Was bedeutet das für uns als Verband und für unsere Arbeit in der Zukunft?

In mehreren Diskussionsrunden hat sich der Bundesausschuss ebenso wie die neu eingerichtete »Bundeskommission Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik« mit der inhaltlichen Vorbereitung beschäftigt. Dabei ist deutlich geworden, dass die Fragestellungen und Probleme vielfältig sind und sich nicht auf das häufig besonders drängende Totalitarismus-Dogma beschränken, dem die NS-Geschichte bekanntlich meist unterworfen wird.

Folgende konkrete Themen wurden bislang in unseren Besprechungen herausgearbeitet:

- Jugendgerechte Formen der Erinnerungsarbeit
- Gedenkarbeit in der Migrationsgesellschaft
- Eigene Bildungsarbeit
- »offizielle« versus »alternative« Geschichtspolitik und
- »Zeugen der Zeugen«.

Der Kongress wird – ähnlich wie der letzte Bundeskongress – in Form von Diskussions- und Gesprächsrunden stark auf die aktive Beteiligung der Delegierten ausgerichtet und hält Raum für die Vorstellung von Projekten und Ideensammlungen für Zukünftiges bereit.

Dank des Engagements unserer Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen kann der Kongress in Bochum stattfinden, und zwar im »Jahrhunderthaus«, dem Sitz der örtlichen IG Metall (das ist nicht zu verwechseln mit der Bochumer »Jahrhunderthalle«). Es handelt sich um ein modernes Veranstaltungshaus, das uns alle Möglichkeiten bietet.

Teilnehmen sollen am außerordentlichen Bundeskongress die Delegierten des Bundeskongresses 2014. Die Kreisvereinigungen können aber bei Bedarf oder Interesse neue Delegierte wählen und melden. Die Möglichkeit, als Gastdelegierte/Gastdelegierter teilzunehmen, besteht ebenfalls. Sobald die Vorbereitungen abgeschlossen sind, gehen alle wichtigen Informationen, besonders das genaue Programm, an Landesvereinigungen, Mitgliedsorganisationen und natürlich an die Delegierten.

Thomas Willms

INHALT

Auf EZB-Gelände: Durchdachtes Konzept, jedoch schwieriger Zugang

Eine neue Gedenkstätte

Auf dem Gelände der neu erbauten Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main befand sich bis 2004 die Frankfurter Großmarkthalle mit eigenen Gleisanschlüssen. Von 1941 bis 1945 wurden die Kellerräume der Markthalle zum Sammelpunkt für rund 10.000 jüdische Menschen zur Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager. Als die EZB das Gelände übernahm, wurde vereinbart, dass ein Teil des ehemaligen Baues zur Gedenkstätte wird. Nach einigen Schwierigkeiten wurde sie am 22. November 2015 eröffnet.

Die Gedenkstätte liegt auf dem exterritorialen Gelände der EZB und damit in deren Sicherheitsbereich. Sie ist deshalb nur eingeschränkt zugänglich, nur nach vorherigen Anmeldungen und nur in geführten Besuchergruppen. Nunmehr bemühen sich das Jüdische Museum in Frankfurt und weitere politische Kräfte, darunter auch die VVN-BdA, um einen besseren Zugang zur Gedenkstätte.

An einer ersten vom Vizedirektor des Jüdischen Museums, Fritz Backhaus, geführten Besuchergruppe nahmen auch zwei Mitglieder der hessischen VVN teil, deren Bericht wir hier auszugsweise wiedergeben:

Auf dem Weg vom Eingang der EZB zum Keller kamen wir an Betonplatten vorbei, auf denen Zitate von Zeitzeugen eingraviert sind. Die Außenmauer der Rampe, die in den Keller führt, war die nächste Station. Dann betraten wir die Rampe und schauten, so wie damals jeder der zehntausend deportierten Juden, in ein großes, finsteres Loch, die Einfahrt in die Kellergewölbe. Im Keller – dieser befindet sich im Zustand von 2005 – begegneten wir wieder Zitaten in Betonplatten. Die Ausmaße des Kellers geben eine Vorstellung davon, dass es äußerst eng zuging, wenn dort tausend Menschen hineingetrieben wurden.

Zum Konzept der Gedenkstätte, zu jedem der Zitate, zum Keller, zur Rampe, den Gleisanlagen und vielem mehr gab Fritz Backhaus kompetent und begleitet von viel Empathie Auskunft. So etwa die Bemerkung, dass jeder Deportierte 50 Reichsmark für den Transport per Bahn in die Ghettos von Minsk, Litzmannstadt, Theresienstadt, Riga, Buchenwald und Ravensbrück bezahlen musste, besser wohl: 50 Reichsmark raubten die Nazi-Schergen jedem einzelnen Opfer dieser Verfrachtung in den sicheren Tod.

Der dritte Transport vom 22. November 1941 mit etwa 1000 Juden sollte ins Ghetto Riga gehen. Irgendwo auf freier Strecke in Litauen, bei Kowno, wurden die Insassen des Transports aus den Wagen gejagt. Vor einer großen Grube, die zuvor sowjetische Zwangsarbeiter hatten ausheben müssen, mussten sie sich aufstellen und es geschah das Unfassbare, alle wurden erschossen und in dieser Grube verscharrt. Von den insgesamt über die Großmarkthalle deportierten etwa 10.000 Juden überlebten gerade 179 Menschen!



Fotos: Norbert Birkwald

Nun ging es die Rampe wieder hoch, und wir verlassen das EZB-Gelände. Auf dem Weg in den öffentlich zugänglichen Teil der Gedenkstätte begegneten wir wieder in Beton gravierten Zitaten, kamen an angedeuteten Gleisen vorbei und standen draußen vor einer Brücke. Dreht man sich gen EZB um, so sieht man durch eine große Glasscheibe hindurch zurück in den Schlund am Ende der Rampe. Auch auf der Glasscheibe ist ein Zeitzeugenzitat angebracht.

An einem der Brückenpfeiler ist eine Tafel angebracht, die die Geschichte der Deportation erzählt und das Konzept der Gedenkstätte erläutert. Unter der Brücke fuhren damals die Züge mit den Deportierten hindurch. Bei jedem dieser Transporte standen Angehörige und Freunde auf der Brücke, die sich von ihren Kindern, Eltern, Partnern oder Freunden mit einem letzten Blick und Seufzer verabschiedeten. Ein Abschied für immer, in fast allen Fällen.



Parallel zum Bahndamm verläuft der Phillip-Holzmann-Weg, er stößt auf die Sonnemannstraße, die Anschrift der EZB. Dieser Weg ist aus hellen Betonplatten gefertigt und mehrere hundert Meter lang. Es war der Weg, auf welchem die Juden von SA oder Gestapo hin zur Markthalle und hinein in den Keller getrieben wurden. Es war ihr letzter Fußweg in Frankfurt. Auf diesem Weg sind in regelmäßigen Abständen ebenfalls Zitate von Zeitzeugen eingelassen. So etwa dieses: »Der Zug ging durch die Stadt am hellen Tage. Rechts und links standen die Menschen und sahen sich stumm im dichten Spalier den Zug an.« (Lina Katz, 1961)

Es waren bewegende zwei Stunden mit Herrn Backhaus. Wir hatten natürlich alle Ahnung von Gedenkstätten und hatten dennoch viele Fragen, die hier nicht wiedergegeben werden müssen. Denn, man überlege: Hier wurde eine Gedenkstätte unter denkbar widrigen Umständen – öffentlicher Zugang nur nach vorheriger Anmeldung, dann allerdings immer auch mit Führung – errichtet. Bei den Beratungen über das Gedenkstättenkonzept mit dem Bauherrn merkte ein Vertreter der EZB irgendwann einmal an: »Hätte die Stadt Frankfurt eine solche Gedenkstätte vor 2004 errichtet, müssten wir diese mühsame Diskussion heute nicht führen.« Wer hat die Stadt eigentlich daran gehindert?

Es kommt noch ein Aspekt hinzu. Es wurden bislang keinerlei Fotos über die Frankfurter Deportationen und die Kellerräume in der Großmarkthalle gefunden. Daher verdient das Ergebnis, welches man nun betrachten kann, größten Respekt. Wer den Weg nach Frankfurt findet, sollte sich um eine Führung bemühen. Es ist eine beeindruckende Gedenkstätte, die Erschütterung hinterlässt.

Kontakt über das Jüdische Museum (Telefon: +49 (0) 69 212 74237 und per E-Mail: pz-ffm@stadt-frankfurt.de), Informationen im Internet unter: www.gedenkorte-frankfurt-main.de.

Anne Kahn / Norbert Birkwald

Breiter Protest gegen NPD-Parteitag in Weinheim

Polizei wieder auf der falschen Seite

Bereits zum dritten Mal konnte die NPD ihren Bundesparteitag in Weinheim an der Bergstraße abhalten. Auch in diesem Jahr hatte die Partei sich gegen den Willen der Stadt und ihrer Bürger die Nutzung der Stadthalle vor den Gerichten erstritten.

Junge Leute protestieren gegen den NPD-Parteitag am 21./22. November 2015 in Weinheim



Aber anders als in den letzten beiden Jahren, in denen der Ort des Parteitags der NPD erst kurzfristig bekannt geworden war, gab es dieses Mal mehr Zeit, die Proteste vorzubereiten.

Und tatsächlich: Die Aktionen gegen das bundesweiten Treffen der Neonazis waren vielseitig, bunt und von sehr vielen Menschen getragen. Sie begannen bereits am frühen Samstagmorgen mit Mahnwachen an verschiedenen Punkten rund um die von der Polizei riegeldicht abgesperrte Stadthalle, in der sich die NPD versammelte.

Hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten, an insgesamt drei Punkten den Zugang der Neonazis zur Stadthalle zu blockieren. Dabei stießen sie auf eine geradezu entfesselte Eskalationsstrategie der Polizei, die mit Pfefferspray, Schlagstöcken und Wasserwerfern von Anfang an aggressiv agierte. So wurden die mit Bussen angereisten Demoteilnehmerinnen und -teilnehmer unmittelbar, nachdem sie ausgestiegen waren, unter brutalem Vorgehen der Polizei eingekesselt und unter unwürdigen Bedingungen erst stundenlang festgehalten und dann gefesselt nach Mannheim in »Gefangensammelstellen« und auch die JVA gebracht, wo sie zum Teil bis zum späten Abend festgehalten wurden.

Obwohl dieses überzogene, unverhältnismäßige und rechtswidrige Verhalten der Polizei die bunten Proteste überschattete, fanden sich am Mittag über 2.500 Menschen zu Kundgebung und Demonstration am Bahnhof ein.

Die anschließende Demonstration durch Weinheim führte zum Marktplatz, wo auf einer Zwischenkundgebung ein Vertreter der VVN-Bund der Antifaschisten aus Heidelberg das Wort ergriff, und dann weiter zu eben jener Kreuzung, auf der am Vormittag die Einkesselung stattgefunden hatte. Dort sprach unter anderen ein Vertreter des DGB Rhein-Neckar, der das Verbot der neofaschistischen NPD forderte.

Auch nach der beeindruckenden Demonstration gingen die Proteste am Samstag und Sonntag weiter. So fand an beiden Tagen ein Aktionscamp der Initiative »Weinheim gegen rechts« und ein Kulturfest des Bündnisses »Weinheim bleibt bunt« statt.

Unterm Strich bleibt, dass an diesem Tag ein deutliches Zeichen gegen die NPD und ihre rassistisch-nationalistische Hetze und menschenfeindliche Politik gesetzt wurde. *DL*

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Nicht in meinem Namen! Kein deutscher Militäreinsatz in Syrien!

Nein zum Kriegseinsatz in Syrien

Ursprünglich war lediglich eine Mahnwache gegen ein »Adventsmusikkonzert« der Bundeswehr in der Lutherkirche im Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt geplant. Doch dann beschloss die Bundesregierung, nicht nur Militärmusik nach Cannstatt, sondern Tornados der Bundeswehr nach Syrien zu schicken. Kurzfristig rief die Friedensbewegung zur Demo am Cannstatter Bahnhof gegen den Kriegseinsatz in Syrien auf. 250 Menschen konnten innerhalb eines Tages zur spontanen Aktion mobilisiert werden. Roland Blach, Geschäftsführer der DFG-VK, machte in seiner Begrüßung deutlich, was alle bewegte:

»An einer politischen Lösung gab es in all den Jahren dieses immer stärker werdenden Stellvertreterkrieges in Syrien kein ernstzunehmendes Interesse… Jetzt will die Bundeswehr sich mit 1.200 Soldaten an einem gefährlichen Einsatz beteiligen, ohne Ziel und ohne Verstand. Regelrecht durchgepeitscht hin zur Abstimmung übermorgen im Bundestag… Frieden können wir nicht herbeibomben. Deswegen sagen wir Nein zum Bundeswehreinsatz, nein zu Krieg und Terror.« Danach machte sich die Demo unter den Klängen des »Demonstrationsmusikzugs« Lokomotive Stuttgart auf den kurzen Weg zur evangelischen Lutherkirche. Deren Umgebung war inzwischen in militärisches Sperrgebiet umgewandelt worden. Bewaffnete Feldjäger im Kampfanzug mit Kampfhunden hatten den Zugang zur Kirche »gesichert« und gaben der ganzen Umgebung ein wenig adventliches Gepräge.

Vor der Kirche ergriff der Geschäftsführer der ökumenischen Initiative »Ohne Rüstung leben«, Paul Russmann, das Wort:

»Krieg gegen den IS-Terror ist keine Lösung. Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit…

Mit der Beteiligung am Kriegseinsatz in Syrien werden nach Überzeugung der allermeisten Fachleute das Grundgesetz, das Völkerrecht und die Menschenrechte mit Füßen getreten…

Eine Politik, die den Terrorismus wirksam bekämpfen will, muss ihm den sozialen, politischen und ideologischen Nährboden entziehen, auf dem er gedeiht. Er muss den Krieg als Mittel der Politik ächten, Waffenlieferungen stoppen und auf die sogenannten Verbündeten wie Saudi-Arabien, die Türkei, Katar und die VAE einwirken, den IS nicht mehr länger mit Waffenlieferungen, Geld oder den Kauf von Öl zu unterstützen.



Kundgebung gegen den deutschen Militäreinsatz in Syrien am 2. Dezember 2015 in Cannstatt. Foto: DL

Wir fordern heute gemeinsam mit vielen anderen Menschen von der deutschen Bundesregierung:

- ein Nein zu einem Militäreinsatz der Bundeswehr in Syrien
- ein Ja zu einem sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen in die Region
- ein Ja zu einer politischen Friedenslösung im Syrienkonflikt unter Einbeziehung aller Konfliktparteien und der Beachtung der staatlichen Souveränität Syriens!« *DL*

Fränkische VVN-BdA-Kreisverbände besuchten Hersbruck

Eines der schlimmsten Lager

Auf Initiative des Kreisverbands Bamberg der VVN-BdA fuhren Anfang November die VVN-Gruppen aus Nürnberg, Bamberg und Bayreuth nach Hersbruck zum Gelände des ehemaligen Außenlagers des KZ Flossenbürg. Zwischen Juli 1944 und April 1945 befand sich dort (neben Dachau und Flossenbürg) das drittgrößte Konzentrationslager in Süddeutschland und – gemessen an der Zahl der Opfer – eines der schlimmsten Lager überhaupt.

Im Januar 1944 beschloss die SS-Führung, das Flugzeugmotorenwerk von BMW aus München-Allach zum Schutz vor Bombenangriffen in die Houbirg bei Hersbruck zu verlegen, circa 35 km östlich von Nürnberg. Unter der Tarnbezeichnung »Doggerwerk« begannen ab Juli 1944 die Ausschachtungen für die unterirdische Fabrik. Acht Fahrstollen mit sechs Metern Höhe und zehn Metern Breite wurden in den Berg gesprengt. Am Bau beteiligt waren unter anderem die Firmen AEG, Thosti, Tauber, Hoch-Tief AG und die Siemens Bau-Union. Die Häftlinge schufteten 24 Stunden im Schichtbetrieb. Bis zur Befreiung durch die US-Armee am 16. April hatte die Stollenanlage eine Gesamtlänge von vier Kilometern erreicht, etwa 14 Prozent des Gesamtprojekts. In mehreren Unterkünften waren etwa 10.000 meist jüdische Häftlinge aus Polen und Ungarn untergebracht, aber auch KZ-Gefangene aus Belgien, Frankreich, Italien, Serbien und Russland (insgesamt aus 23 Nationen) wurden zur Arbeit in den Stollen gezwungen. Der »Nachschub« kam aus dem KZ Flossenbürg und im Februar 1945 aus Groß-Rosen. In nur zehn Monaten wurden mindestens 4.000 Menschen zu Tode geschunden, etwa 500 starben bei den Todesmärschen nach Dachau im April 1945. *Günter Pierdzig*



Stolleneingang Houbirg Foto: Leo Rauh



»Ohne Namen«, Skulptur von Vittore Bocchetta, Bildhauer aus Verona und Überlebender des KZ Hersbruck Foto: Günter Pierdzig

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar: Anni Aechter, Herbsleben, 104 Jahre; Herta Brich, Weiden, 92 Jahre; Hilde Prockl, München, 91 Jahre; Erich Ude, Nürnberg, 85 Jahre; Ingeborg Weber, München, 82 Jahre; Rudolf Raithel, Memmelsdorf, 65 Jahre

Februar: Günther Martin, Hohenpeißenberg, 88 Jahre; Erika Angele, Neubiberg, 82 Jahre; Jörg Högemann, München, 81 Jahre; Karl-David Heupel, München, 80 Jahre; Eva Bulling-Schröter, Ingolstadt, 60 Jahre; Sieglinde Deeger-Creek, Landshut, 60 Jahre

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Zum Gedenken an unermüdlich engagierte Frauen

Abschied von zwei Tapferen

Karin Friedrich

Als junge Frau an der Seite ihrer Mutter Ruth Andreas-Friedrich in Berlin in der Gruppe »Onkel Emil« aktiv, die Juden und andere Verfolgte versteckte, ihnen mit gefälschten Papieren bei der Flucht half und weitere Widerstandsaktionen unternahm, führte sie ihr Lebensweg 1950 nach München. Von 1952 bis 1992 arbeitete sei als Redakteurin mit dem Schwerpunkt »Soziales« in der Süddeutschen Zeitung. Widerständig auch hier, »engagiert, kämpferisch, mit fester Meinung, weder sich, noch Kollegen, noch Politiker schonend«, wie ihr in der SZ nun in einem schönen Nachruf bescheinigt wurde. Von der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel als »Gerechte unter den Völkern« geehrt, vielfältig unterwegs als Zeitzeugin, kritische Referentin und Diskutantin war sie uns auch bei Veranstaltungen der VVN-BdA eine wertvolle Unterstützerin. Am 27. November 2015 ist sie nun, 90 Jahre alt, verstorben. Den Einleitungsworten des Nachrufes in ihrer Zeitung können wir uns nur uneingeschränkt anschließen: »Es gibt Stimmen, von denen man erst weiß, wie dringend man sie gebraucht hätte, wenn sie verstummt sind. Die von Karin Friedrich ist so eine, gerade in diesen trüben Tagen voller Hysterie und Kriegsgeschrei, in Zeiten von aufkommender Fremdenfeindlichkeit, sozialer Not und lähmender Zukunftsangst. Man ahnt, wie sie sich gegen all das gestellt hätte.«



Karin Friedrich bei einer Gedenkveranstaltung im oberbayerischen Surberg. Foto: Rudi Graichen

Angelika Lex

Erst 57 Jahre alt, verstarb am 9. Dezember 2015 nach schwerer Krankheit in München Angelika Lex. Bis diese Krankheit ihr die Kräfte nahm, war die engagierte Rechtsanwältin als Opferanwältin und Nebenklägerin im NSU-Prozess eine treibende Kraft. Antifaschismus, Antirassismus und kritischer juristischer Sachverstand prägten ihr Leben und ihre Arbeit. Dem KZ-Überlebenden Martin Löwenberg stand sie zur Seite im Prozess wegen seines Aufrufes, sich einer Nazi-Demo entgegenzustellen. Für das antifaschistische »a.i.d.a.«-Archiv erreichte sie dessen Streichung aus den Verfassungsschutz-Berichten, die VVN-BdA Bayern hat sie bei der juristischen Auseinandersetzung mit dem Geheimdienst unterstützt. Im November 2015 wurde Angelika Lex von der Landeshauptstadt München noch mit dem Georg-Elser-Preis geehrt, auch für ihr jahrzehntelanges Engagement für Flüchtlinge. Ihre Dankesrede bei der Preisverleihung durch den Oberbürgermeister schloss sie mit den Sätzen: »Wir brauchen Zivilcourage und Menschen, die sich nicht einschüchtern lassen. Wir brauchen Menschen, die gegen Nazis, Faschisten und Rassisten arbeiten. Wenn jeder von uns einen Schritt weiter geht, als er sich ursprünglich vorgenommen hat, mache ich mir keine Sorgen.«

Widerstand gegen Rassismus und Nazi-Hetze

Zum Beispiel Moosburg

Die Lokalausgabe der Süddeutschen Zeitung stellte einen wichtigen Bezug her: »Durch die fremdenfeindlichen Facebook-Kommentare des inzwischen zurückgetretenen CSU-Ortskassiers Gerhard-Michael Welter hat Moosburg es zuletzt in überregionalen Medien zu zweifelhaftem Ruhm gebracht. Als der NPD-Kreisverband dann für Freitag eine Demonstration mit dem Motto ›Asylbetrüger sind nicht willkommen‹ (...) ankündigte, ging es für viele Moosburger deshalb um den guten Ruf ihrer Stadt. Und diesen haben sie eindrucksvoll verteidigt.«

Ende November seien deshalb »etwa 300 Menschen« (so die Polizei, die Veranstalter zählten 400) einem Aufruf der »Initiative Integratives Leben in Moosburg und Umgebung« gefolgt: »Nazis sind nicht willkommen! - Wir stellen uns vor unsere Flüchtlinge am Ort«. Dies geschah sehr eindrucksvoll: Das durch einen Bauzaun von den Gegendemonstranten getrennte Häufchen der NPD-Provokateure, lediglich acht an der Zahl, hatte nichts mehr zu melden. ***E. B.***



Auch viele junge Menschen aus Moosburg und Umgebung gingen gegen Nazis und für Flüchtlinge auf die Straße. Foto: Werner Rauch

Solidarität mit der VVN-BdA: Zum Abschluss der Unterschriftensammlung

Petition ist bereit zur Übergabe

Mit folgendem Schreiben hat sich MdL Florian Ritter, Initiator der »Gemeinsamen Erklärung gegen die Nennung der VVN/BdA im Bayerischen Verfassungsschutzbericht« an die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition auf openPetition im Internet gewandt:

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer des Gemeinsamen Aufrufs »gegen die Nennung der VVN/BdA im Bayerischen Verfassungsschutzbericht«!

Die Sammlung der Unterschriften für eine Streichung der VVN aus dem bayerischen Verfassungsschutzbericht ist beendet. Uns ist es gelungen, weit über 5.000 Unterschriften unter diese Erklärung zu sammeln. Wir möchten uns ganz herzlich bei Euch für Eurer Engagement und Eure Unterstützung bedanken.

Wie bewerten wir dieses Ergebnis? Ein großer Teil dieser Unterschriften kommt von Menschen, die sich in ihren Regionen aktiv und verantwortlich für eine würdige Gedenkkultur, gegen alte und neue Nazis, gegen Rassismus und Intoleranz einsetzen. Viele kommunale MandatsträgerInnen, aber auch Abgeordnete aus Länderparlamenten und dem Bundestag haben diese Erklärung unterzeichnet. Mehr als die Hälfte der Unterschriften stammen aus Bayern – nicht nur aus den großen Städten, sondern auch aus den ländlichen Regionen. Das belegt vor allem eines: Überall dort, wo sich Engagierte aus Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Parteien gemeinsam mit der VVN/BdA gegen Naziaufmärsche, Umtriebe rechtsradikaler Parteien oder Nazikameradschaften engagieren, werden die Diffamierungen durch die Bayerische Staatsregierung klar zurückgewiesen.

Überall dort, wo gemeinsam für eine würdige Gedenkkultur gearbeitet wird, steht man zum Engagement der Mitglieder der VVN/BdA und lässt sich nicht auseinander dividieren. Die VVN/BdA und ihre Mitglieder sind ein anerkannter und respektierter Teil der engagierten Zivilgesellschaft in Bayern.

Wie geht es nun weiter? Im Augenblick sind wir dabei, die Unterschriftenlisten auszuwerten und eine Übergabe an die Bayerische Staatsregierung vorzubereiten. Dafür steht noch kein Termin fest, sie wird aber voraussichtlich Ende Januar 2016 stattfinden. Über die Übergabe der »Gemeinsamen Erklärung« und die Reaktion der Bayerischen Staatsregierung werden wir Sie natürlich informieren.

Zum Abschluss: Wir wollen uns nochmals für das großartige Engagement und die großartige Unterstützung der vielen UnterzeichnerInnen, aber auch all jener bedanken, die für diese »Gemeinsame Erklärung« geworben haben. Auch wenn nun keine Unterschriften mehr gesammelt werden, möchten wir Euch trotzdem bitten, unser gemeinsames Anliegen weiterhin zu unterstützen. Sei es durch Gespräche, Briefe an die Verantwortlichen in der Bayerischen Staatsregierung oder auch Solidaritätserklärungen der Organisationen, in denen ihr Euch engagiert. Denn Erfolg gibt es nur durch Solidarität.

Gedenktafel in Kempten

Vor einiger Zeit hatten wir in der »*antifa*« über die Verlegung eines Stolpersteins in Kempten zur Erinnerung an den Widerstandskämpfer Willy Wirthgen und die Nachforschungen über sein Lebensende berichtet. Die Recherchen waren erfolgreich und sind nun auf einer am ehemaligen Wohnhaus Wirthgens angebrachten Gedenktafel dokumentiert:

»Hier wohnte bis zu seiner Verhaftung Ende April 1933 der Gewerkschafter und Widerstandskämpfer, Opfer der NS-Gewaltherrschaft und der nazistischen Militärjustiz, Willy Wirthgen *22.10.1904 Rabenau (Sachsen) † (Ermordung) 3.4.1944 Fort Bondue (Nordfrankreich). Gelernter Polsterer und Tapezierer. Seit 1928 in Kempten tätig. Gewerkschafter und KPD-Mitglied. Seit 1931 Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses in Kempten. Seit 30.1.1933 Widerstand in der Illegalität; seit Frühjahr 1933 Haft im KZ Dachau. Dezember 1933 Verurteilung wegen der Herstellung illegaler Schriften. Zuchthaus bis 1935. Bis 1939 unter Polizeiaufsicht tätig in Kempten, Bad Wörishofen und Sonthofen. 1.9.1939 Verhaftung und Einlieferung in das KZ Buchenwald. 20.1.1940 Entlassung aus dem KZ nach Sonthofen. Zwangsverpflichtung zur Arbeit. Seit 2.12.1940 Soldat in einer Flak-Einheit der Wehrmacht an der Ostfront und in Nordfrankreich. 10.12.1942 Verhaftung. Verurteilung zum Tode wegen Antikriegsaufklärung. 3.4.1944 Hinrichtung durch die nazistische Militärjustiz im Fort Bondue bei Lille. Zum mahnenden Gedenken enthüllt am 28.11.2015. Stiftung der Tafel: Hausbesitzerfamilien Jansen und Brasser, Hohe Gasse 19, unter Schirmherrschaft des Vereins ›Initiative Stolpersteine für Kempten und Umgebung e. V.‹ Forschungsarbeit: Dr. Dieter Weber und Kurt Wirth.«

In ihrem Sinne weiterarbeiten

Gern denken wir an den Antifa Jour fixe am 19. Mai 2014 zurück, in dem das Leben und Schaffen von Sonja und Moritz Mebel in einem Gespräch mit beiden vorgestellt wurde. Sie teilten mehr als 50 Jahre Hoffnungen auf und Kämpfe um eine bessere Welt, gemeinsam trugen sie Enttäuschungen und Niederlagen und blieben immer Kämpfer, Antifaschisten.

Die Nachricht, dass unsere Kameradin Sonja Mebel am 30. November verstorben ist, erschüttert uns.

Sonja wurde am 9. Januar 1925 in Chemnitz geboren. Ihr Vater, ein überzeugter Kommunist, wollte nach Abschluss des Studiums an der TH Dresden seine Kenntnisse und Fähigkeiten für die neue Gesellschaft in der Sowjetunion einsetzen. Anfang der dreißiger Jahre übersiedelte die Familie nach Moskau. Sonja wurde Schülerin der Karl-Liebknecht-Schule. Mit den Ereignissen des Jahres 1937 trat eine Wendung in ihrem Leben ein: Fast alle ihre Verwandten – Kommunisten, die in der UdSSR lebten – wurden verhaftet. So kam Ruth, ihre Cousine, in Sonjas Familie. Ungeachtet dieser Familiengeschichte, die ihr viele Jahre Hindernisse in den Weg legte, konnte sie am Ersten Medizininstitut studieren und anschließend eine Tätigkeit am Gamalai-Institut für Mikrobiologie in Moskau aufnehmen. 1957 kehrte Sonja mit ihrem Vater nach Deutschland zurück und arbeitete an der Berliner Charité als Mikrobiologin. Sie promovierte, habilitierte und wurde zum Professor berufen, erwarb sich hohes Ansehen und Wertschätzung. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit engagierte sie sich auch gesellschaftlich.

Gespräch mit Sonja und Moritz Mebel beim Antifa Jour fixe am 19. Mai 2014 im Café Sibylle.

So nahm sie teil am BdA-Gründungskongress am Bogensee und wirkte aktiv daran mit, die verschiedenen antifaschistischen Organisationen schließlich in der VVN-BdA zu vereinen. In der Arbeit unserer Basisorganisation Berlin Friedrichshain-Kreuzberg-Mitte wird sie uns fehlen. Schwierigen Diskussionen ist sie niemals ausgewichen. Sie konnte gut zuhören, plausibel ihren Standpunkt erläutern und so überzeugend wirken. Wir werden in ihrem Sinne weiterarbeiten.

Ursula v. Schirmeister

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Antifa – Jour fixe
Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 18. Januar 2016, 18.30 Uhr: Neun Jahre im Widerstand



Hans Coppi

Gespräch mit Hans Coppi aus Anlass des 100. Geburtstages seines Vaters. Der am 25. Januar 1916 in Berlin geborene und am 22. Dezember 1942 in der Hinrichtungsstätte Plötzensee ermordete Hans Coppi gehörte bereits 1933 im verbotenen kommunistischen Jugendverband zu den aktiven Mitstreitern im illegalen Kampf gegen das Naziregime. Anfang 1934 festgenommen, setzte er nach der Entlassung aus dem Jugendgefängnis Plötzensee die illegale Arbeit fort. Neben seiner Tätigkeit als Dreher knüpfte er seit 1939 Kontakte zu Hitlergegnern unterschiedlicher sozialer Herkunft und weltanschaulicher Ansichten. Seine Frau Hilde – sie heiraten im Juni 1941 – unterstützte ihn bei der gefahrvollen Arbeit. Es war zugleich eine glückliche Zeit bis zur Festnahme Mitte September 1942. Stefan Heinz wird mit Hans Coppi über die Annäherung an das Leben seines Vaters sprechen.
Der Politikwissenschaftler Stefan Heinz ist Mitarbeiter und Lehrbeauftragter der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik an der FU Berlin
Der Historiker Hans Coppi ist Vorsitzender der Berliner VVN-BdA und freier Mitarbeiter an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Montag, 15. Februar 2016, 18.30 Uhr: »Dienstreise – Leben und Leiden meiner Eltern in der Sowjetunion 1935 bis 1955«
Andrej Reder liest aus seinem Buch. Es ist »gewidmet deutschen Kommunisten und Antifaschisten, die zwischen den 1930er- und 1950er-Jahren Opfer von Repressalien in der Sowjetunion wurden. Gegen Instrumentalisierung ihres tragischen Schicksals und Vermächtnisses.« Seine Eltern, Kommunisten und Antifaschisten, emigrierten 1935 auf Beschluss der KPD-Führung in die Sowjetunion und waren überzeugt, dort am Aufbau des Sozialismus mitwirken zu können. Das erwies sich als tragischer Irrtum. Der Vater wurde 1938 und 1949 zweimal inhaftiert und verbannt. Die Verbannung der Mutter nach Kasachstan währte acht Jahre. Hertha-Lewin-Reder und Gabo Lewin verstarben in den 90er-Jahren in Berlin. Sie hinterließen Briefe, Dokumente und andere Zeugnisse aus jener Zeit: Korrespondenzen mit der Führung der KPD und SED, Schreiben an Stalin und sowjetische Instanzen, Liebesbriefe… einzigartig und überraschend, denn zeitlebens haben sie über ihr Schicksal geschwiegen. 20 Jahre waren sie in der Sowjetunion, davon über 17 Jahre in Verbannung.
Andrej Reder absolvierte das Moskauer Institut für Internationale Beziehungen. Tätig im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, anschließend politischer Mitarbeiter in der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED, Schwerpunkt Asien. 1991 bis 1994 Mitarbeiter für Entwicklungspolitik in der PDS-Bundestagsgruppe in Bonn.



Schon 73 Mal hat die Berliner VVN-BdA zum Antifa Jour fixe in das bekannte Café Sibylle in der Karl-Marx-Allee eingeladen. Auch 2016 sind wieder zwölf spannende und interessante Veranstaltungen zu antifaschistischen politisch-kulturellen Themen geplant.

Rassistinnen, Rassisten und Nazis entgegentreten – Refugees welcome!

Delegiertenkonferenz der Berliner VVN-BdA

Zu der alle zwei Jahre einberufenen Delegiertenkonferenz unseres Verbandes kamen am 28. November in den ehemaligen Speicher der Zigarettenfabrik des jüdischen Fabrikanten Josef Garbáty in Pankow nicht nur die gewählten Delegierten, sondern auch neue und interessierte Mitglieder.

Zu Beginn würdigte Jutta Harnisch in bewegenden Worten, stellvertretend für alle 2014/15 verstorbenen Kameradinnen und Kameraden, die antifaschistische Lebensleistung von Elfriede Brüning, Werner Hunger, Inge Lammel und Hanna Tomkins.

Werner Knapp, Kämpfer in den Reihen der alliierten Streitkräfte, erinnerte in seinem Grußwort an eigene und an die Erfahrungen vieler Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Flucht, Exil und ihrer solidarischen Aufnahme in vielen Ländern. In großer Sorge verwies er auf die zunehmende Formierung rechter Kräfte und die steil ansteigende Gewalt gegen Geflüchtete, Linke, Antifaschisten und Antifaschistinnen, Journalisten und Journalistinnen.

Für ein solidarisches Miteinander

Die Delegiertenversammlung stand unter dem Leitgedanken »Für ein solidarisches Miteinander«.

Die Situation der Flüchtlinge und die Ende November beschlossene Teilnahme am Krieg in Syrien spiegeln sich im Bericht des Vorstandes, in der Erklärung der Landesdelegiertenkonferenz und in der lebendigen, manchmal auch kontroversen Diskussion.

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Flüchtlingen, heißt es im Bericht des Vorstandes. Deshalb treten wir für sichere Zugangswege und ihre menschenwürdige Aufnahme in der EU, in Deutschland und auch in Berlin ein. Wir fordern, die unhaltbaren Zustände beim Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) und in zahlreichen Notunterkünften sofort abzustellen. Wir setzen uns dafür ein, dass in ihren Heimatländern diskriminierte Roma und Sinti in Deutschland Asyl erhalten und nicht als Bürger »sicherer Herkunftsländer« abgeschoben werden. Dies ist eine Verantwortung, die Deutschland für Roma und Sinti nicht nur vor der Geschichte ihrer Verfolgung und Vernichtung, sondern auch in der Gegenwart zu tragen hat.

Der Platz der Berliner VVN-BdA ist an der Seite all derer, die sich in Berlin gegen Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamophobie sowie für ein solidarisches Miteinander einsetzen. Für uns gilt es, in den täglichen Auseinandersetzungen Präsenz und Flagge zu zeigen und, wo immer möglich, unsere praktische Unterstützung anzubieten. So können wir auch neue Menschen für uns interessieren und gewinnen.



Ellen Händler, Vorsitzende des BdA Treptow, bei ihrem Diskussionsbeitrag.

Positives und Problematisches

Erinnerung ist auch Prävention. Das Bewusstsein um die Geschichte von Verfolgung, Widerstand und Exil ist einer der wichtigsten Dämme gegen die neue Welle des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir benötigen eine engere Kooperation mit Schulen, Geschichts- und Erinnerungsinitiativen sowie neue Projekte, die Verfolgung, Widerstand und Exil thematisieren.

Mit den Einladungen hatten wir erstmals verschiedenfarbige Kärtchen verschickt, auf denen Delegierte und Gäste zahlreiche Anregungen eingetragen hatten. Auf grünen Karten Positives: Generationsübergreifende Arbeit, Zusammengehörigkeitsgefühl, gute Veranstaltungen und Pressearbeit. Auf roten Karten Problematisches: Wir werden zu wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen, mehr kritische Auseinandersetzung zur inhaltlichen Arbeit ist notwendig. Die gelben Karten sollten die eigenen Beiträge beinhalten – aktive Mitarbeit in den Basisorganisationen/Vereinen, mehr Interaktionen mit anderen Organisationen.

Positives, Verbesserungswürdiges und der eigene Beitrag zur Arbeit wurden auf den verschiedenfarbigen Karten benannt. Fotos: Jutta Harnisch

Der umfangreiche Tätigkeitsbericht dokumentiert unsere vielfältige und unermüdliche Arbeit in den letzten beiden Jahren. Allen Mitgliedern, den Sympathisantinnen und Sympathisanten, den Mitgliedsorganisationen und ihren aktiven Vorständen möchten wir vielmals danken. Einen großen Anteil an der erfolgreichen Arbeit hatten der Landesvorstand, die zeitweiligen und ständigen Arbeitskreise und vor allem die Geschäftsstelle mit Jutta Harnisch und Markus Tervooren.

Es bleibt viel zu tun!

Das Problem ist jedoch, dass die ansehnlichen Aktivitäten von zu wenigen getragen werden. Voraussetzung für die Vorbereitung und Durchführung von Großveranstaltungen am 9. Mai, zum Tag der Erinnerung und Mahnung, den 9. November und in bestehenden und zu schaffenden Arbeitskreisen sind weitere aktive und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Im Anschluss an die lebendige Diskussion konnte nach der Bestätigung des Finanzberichtes (großer Dank an Gisela Lingenberg!) und des Berichtes der Kassenprüfer und -prüferinnen der Vorstand entlastet werden. Dem neuen in geheimer Abstimmung gewählten Vorstand gehören Andreas Barth, Klaus-Frieder Böhne, Hans Coppi, Anne Hunger, Michel Landmann, Gisela Lingenberg, Mathias Wörsching und Tobias Jachmann an. Auf der konstituierenden Sitzung wählte der Vorstand Hans Coppi zum Vorsitzenden.

Ja, es bleibt viel zu tun. Auf der ersten Vorstandssitzung im neuen Jahr am 5. Januar werden die auf der Delegiertenkonferenz unterbreiteten Vorschläge, Kritiken und Hinweise erörtert und in die weitere Arbeit einfließen. Ende Januar beraten wir auf einem Perspektivtreffen über die Zukunft und die inhaltliche Ausrichtung unseres Verbandes.

Hans Coppi, Anne Hunger, Mathias Wörsching

Die Erklärung »Rassist/-innen und Nazis entgegentreten – Refugees welcome! Nie wieder Krieg und Faschismus!« und eine Kurzfassung des Tätigkeitsberichtes sind auf der Website der Berliner VVN-BdA unter berlin.vvn-bda.de einzusehen.

Erna Mayer zum 90. Geburtstag

»Langweilig war mein Leben nie«

Mit dieser in der UZ erschienenen Anzeige hat sich Erna Mayer für ihre von der VVN-BdA mit Unterstützung der Willi-Bredel-Gesellschaft und der DKP Hamburg vorbereitete Geburtstagsfeier bedankt.

An alle, die dazu beigetragen haben, mir meinen 90. Geburtstag so gut und vielseitig zu gestalten, ein ganz herzliches Dankeschön.

Wenn ich mich umschaue, komme ich mir vor, wie in einem Blumengarten zu sitzen – dabei gehen die Gedanken zu Euch, den Einzelnen, die liebevolle Worte gefunden, manches berührt haben, was schon fast vergessen war.

Die gute und kämpferische Musik, die Mut und Kraft gegeben hat.

Noch mal vielen Dank, besonders an alle, die tatkräftig bei der Durchführung der Feier im Grünen Saal mitgemacht haben.

Ich werde gerne an Eurer Seite weiter für eine friedliche und humane Welt ohne Krieg, Rassismus und Faschismus wirken.

Eure Erna Mayer

Es war nicht nur für sie ein beeindruckendes Fest. Viele der Anwesenden wussten von Ernas bitteren Erfahrungen in Kindheit und Jugend während der Nazizeit, aber dass z. B. die Errichtung der KZ-Gedenkstätte Fuhlsbüttel ganz stark auf ihr Engagement zurückzuführen ist, war manchem der Gäste nicht bekannt. Das würdigten in ihren Ansprachen der Bezirksamtsleiter und die Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Der Hamburger Vorsitzende der DKP erinnerte an Ernas Mitarbeit in der legalen und illegalen KPD sowie der DKP, der Vertreter von ver.di fragte nach ihren gewerkschaftlichen Aktivitäten und Erfahrungen und Christiane Chodinski betonte, viele Menschen hätten Erna in ihrer Arbeit in der Internationalen Buchhandlung kennen und schätzen gelernt.



Erna Mayer (mit Erich Röhlck): 90 Jahre treffen 92. Foto: Christiane Chodinski

Viel gesungen wurde auf dem Fest auch, Lieder der antifaschistischen und Arbeiterbewegung, nicht nur von Peter und Dirk und der Songgruppe Hamburg, sondern auch von den Gästen, die sich beim »Baggerführer Willibald« sehr textsicher zeigten. *Ilse Jacob*

Hamburger VVN-BdA Termine

...bis 1. März

Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg-Nord, angeregt von der Bezirksversammlung (WdG Nord)

Ausstellungen

14. Januar bis 7. Februar »Hamburger Fußball im Nationalsozialismus. Einblicke in eine jahrzehntelang verklärte Geschichte.« Eine Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.
Ort: Rathausdiele des Hamburger Rathauses

26. Januar bis 16. Februar »Stolpersteine in Winterhude«, erarbeitet von der AnwohnerInnen-Initiative Jarrestadt in Kooperation mit der Haspa und dem Goldbekhaus Winterhude.
Ort: Foyer in den Haspa-Filialen Dorotheenstraße 102, Jarrestraße 28 und Mühlenkamp 34 (im Rahmen der Öffnungszeiten). Eintritt frei.

Veranstaltungen

Sonntag, 24. Januar, 17 Uhr Film und mehr… »Wir haben doch nichts getan …« (2006/2007), Regie: Gabriele Trost. – Lesung: »Z3105. Der Sinto Walter Winter überlebt den Holocaust«. – Gespräch mit Vertreterinnen/Vertretern des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V., des Landesvereins der Sinti Hamburg e. V. und der VVN-BdA Hamburg. Musikalische Begleitung angefragt. Eintritt frei!
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Mittwoch, 27. Januar, 18 Uhr (WdG Nord): »Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten«. Feierstunde der Bezirksversammlung Hamburg-Nord mit der Zeitzeugin Marione Ingram. Musik: ZINQ
Ort: Großer Sitzungssaal, Robert-Koch-Straße 17, Hamburg

Samstag, 30. Januar, 16.30 Uhr (WdG Nord): Ehrung der Hamburger Widerstandskämpfer
Veranstalter: Gedenkstätte Ernst Thälmann.
Ort: »Ehrenhain« Ohlsdorfer Friedhof Bergstraße/Nähe Haupteingang

Montag, 1. Februar, 19 Uhr »Hamburger Widerstand der Gruppe um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen«. Referentin: Ilse Jacob, VVN-BdA Hamburg. Veranstalterin: DKP Hamburg-Nord.
Ort: Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41, Hamburg (Nähe U-Bahn Langenhorn Markt)

Donnerstag 4. Februar, 11 Uhr (WdG Nord): »Sonderführungen in der Gedenkstätte Kolafu«. Mit den Zeitzeuginnen Ilse Jacob und Ursula Suhling, auch für Schulklassen gut geeignet. Anmeldung erbeten unter: Tel.: 57145240. Veranstalterinnen: VVN-BdA Hamburg Nord und Willi-Bredel-Gesellschaft.
Ort: Gedenkstätte Kolafu, Suhrenkamp 98

Donnerstag, 4. Februar, 19.30 Uhr (WdG Nord): »Der Fall Distomo« (Griechenland). Die verweigerte Entschädigung für ein NS-Verbrechen. Veranstalter: VVN BdA Hamburg-Nord und AK Distomo
Ort: Barmbek Basch, Wohldorfer Str. 30, Hamburg

Dienstag 9. Februar, 19.30 Uhr: Diskussion zum Thema Flüchtlinge mit dem Schwerpunkt: Bleiberecht für verfolgte Roma. »Barmbeker Initiative Gegen Rechts« in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Hamburg.
Ort: Bürgerhaus in Barmbek, Lorichsstr. 28 A, Hamburg

Donnerstag, 11. Februar, 19.30 Uhr (WdG Nord): Film: »Opfer der Zwangssterilisation und der Euthanasie in der NS Zeit«. Veranstalterin: VVN-BdA Hamburg Nord.
Ort: Grüner Saal, Im Grünen Grunde 1, Hamburg

Samstag, 13. Februar, 14 Uhr (WdG Nord): »Damals bei uns in Groß Borstel«. Stadtteilrundgang mit Udo Spengler: Erinnerungen und Berichte über Nazizeit, Krieg und Neubeginn 1933 bis 1945.
Treffpunkt: Ecke Borsteler Chaussee/Brödermannsweg (vor Sparkasse)

Mittwoch, 17. Februar, 19.30 Uhr: Konzert mit David Rovics: Wütende, satirische, nachdenkliche Lieder über politische Kämpfe in aller Welt.
Ort: Klub am Besenbinderhof 62, Hamburg

Sonntag, 21. Februar, 17 Uhr Film und Gespräch »Geschenkt wurde uns nichts« von Eric Esser, D 2014. Kooperationsveranstaltung: »Mai più fascismo« Gruppe Hamburg/VVN-BdA Hamburg
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Dienstag, 8. März 2016, 19 Uhr: »Widerständiges Frauenleben – Lebenswege von Frauen, die Nazideutschland verließen: Ingeborg Rapoport, Else Wahls, Steffi Wittenberg«. Veranstaltung zum Internationalen Frauentag über kämpferisches Frauenleben gegen Faschismus und Neofaschismus.
Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30 a, Hamburg-Billstedt

Endlich Hamburger Deserteursdenkmal eingeweiht

Gedenken an die Opfer der Wehrmachtsjustiz

Fünf Jahre sind in einem beliebigen Ort der alten Bundesländern eine kurze Zeit, wenn es auf lokaler Ebene gilt, das öffentliche Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Wehrmachtsdeserteure zu den Opfern des Faschismus gehören, an die wir dauerhaft erinnern sollten.


Foto: Georg Chodinski

Das neue Hamburger Deserteursdenkmal: »Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz«

Dass nun am 24. November an prominenter Stelle in Hamburgs Innenstadt ein Deserteursdenkmal eingeweiht worden ist, konnte nur gelingen, weil das 2010 gebildete »Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal«, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der Kulturausschuss der Stadt und der in Hamburg geborene Zeitzeuge Ludwig Baumann (einst als Wehrmachtsdeserteur zum Tode verurteilt) an dem gemeinsamen Projekt festhielten. Auch die VVN-BdA war von Beginn an dabei, hat sich aktiv im genannten Bündnis eingebracht. Das Bündnis warb in zahlreichen Veranstaltungen dafür, das militaristische Kriegerdenkmal am Dammtor aus dem Jahr 1936 (»Kriegsklotz« genannt) im Sinne des Andenkens an die in Hamburg hingerichteten 227 Deserteure und »Wehrkraftzersetzer« umzugestalten.

2014 lobte die Kulturbehörde einen Gestaltungswettbewerb für ein Deserteursdenkmal aus. Der Senat stellte 730.000 Euro für Wettbewerb und Denkmalsprojekt zur Verfügung. Der Hamburger Künstler Volker Lang gewann den Wettbewerb mit seinem Entwurf, dem Kriegsklotz einen im Grundriss dreieckigen Pavillon entgegenzusetzen. Auch wenn sich viele Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner daran stoßen, dass mit Volker Langs Entwurf der Kriegsklotz selbst unangetastet bleibt, sein Dreikant wirbt eindrucksvoll für sich und soll durch seine unmittelbare Nachbarschaft zum Kriegsklotz zugleich dessen kriegsverherrlichende Botschaft brechen. Wer sich Langs multimedialer Gedenkstätte nähern will, sollte etwas Zeit mitbringen. Mit Text, Audio und Licht spricht sie mehrere Sinne an. Der gesamte Komplex aus Deserteursdenkmal, Kriegsklotz und Alfred Hrdličkas unvollendet gebliebenem »Mahnmal gegen den Krieg« ist ein Gedenkort geworden, der noch immer herausfordert.

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Deserteursdenkmäler in Ostdeutschland?

Die seit vielen Jahren anhaltende Diskussion um die Deserteursdenkmäler, die seit den achtziger Jahren in der Alt-BRD und seit 1989 bundesweit entstanden sind, erweckt den Eindruck, als ob diese Form der Erinnerungskultur eine westdeutsche Erfindung sei. Dem ist keineswegs so. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erinnerten an vielen Orten Deutschlands zunächst schlichte Gedenktafeln an die Wehrmachtsdeserteure, die in den letzten Kriegstagen erhängt oder erschossen worden sind – oft an der Hinrichtungsstelle im Ort oder auf dem Friedhof. Im Westen dürften sie spätestens in der Adenauer-Ära alle verschwunden sein, und man könnte vermuten, dass spätestens nach Gründung der NVA (für die ja Deserteure keine Vorbilder sein konnten) auch in der DDR diese Tafeln und Denkmäler im allgemeinen Gedenken an die Opfer des Faschismus ihre konkrete Bestimmung verloren haben. An vielen Orten in der DDR geschah dies auch. In Angermünde wurde die Holzinstallation für drei erhängte Wehrmachtssoldaten durch einen Stein mit der Aufschrift »Die Toten mahnen die Lebenden« ersetzt. An den Deserteursdenkmälern in Prenzlau und Forst sind die Widmungen nur wenig präziser. Doch in Dresden und Dippoldiswalde in Sachsen erinnern seit den fünfziger und sechziger Jahren an die ermordeten Wehrmachtssoldaten Gedenksteine, deren Bestimmung erhalten blieb. Auf dem Dresdner Nordfriedhof, einst Garnisonfriedhof genannt, wurden im Zweiten Weltkrieg 136 Soldaten verscharrt, allesamt Opfer der NS-Militärjustiz oder Soldaten, die sich dem Krieg durch Suizid entzogen haben. Seit 1956 gibt es dort eine würdige Anlage. Auf dem recht großen Stein steht der Spruch: »Gedenkt der Soldaten / die gegen Krieg und Faschismus kämpfend / den Opfertod starben«. Vielleicht handelt es sich hier um die erste große Anlage dieser Art in Deutschland, deren konkreter Zweck erkennbar geblieben ist. Im sächsischen Dippoldiswalde wurde zum 20. Jahrestag der Befreiung die Gedenktafel für einen erhängten Deserteur durch einen Stein ersetzt. Zur festlichen Einweihung des Steins war auch der Sohn des Toten angereist. Auf dem heute noch vorhandenen Stein lesen wir den Text: »Hier wurde von faschistischen Schergen der Soldat Johannes Rockstroh am 8. Mai 1945 ermordet«. Die gepflegte Anlage finden wir dort, wo der Soldat gehenkt worden war, am Obertorplatz – nicht abgelegen auf einem Friedhof oder in einer Parkanlage, sondern im Stadtzentrum. Es lohnt sich also, genauer hinzuschauen, wenn wir uns auf die Suche nach Deserteursdenkmälern in Ostdeutschland machen.

Aufruf an die Leserinnen und Leser

Seit längerem gibt es Internetseiten über bekannte Deserteursdenkmäler in Deutschland. Aber die unbekannten Stätten dieser Art, von denen hier die Rede war, insbesondere jene in Ostdeutschland, sind im öffentlichen Bewusstsein wenig präsent. Deshalb will das »Bündnis Hamburger Deserteursdenkmal« nun auf seiner Internetseite www.Feindbeguenstigung.de eine Übersicht über alle einstigen und noch bestehenden Tafeln, Gedenksteine und Grabanlagen für hingerichtete Wehrmachtssoldaten in Deutschland anlegen. ***René Senenko***

Falls Sie Kenntnis von einem solchen Erinnerungsort in Ihrer Nähe haben, schreiben Sie uns. Kontakt: René Senenko, Tel. 040-32593086, Email: info@feindbeguenstigung.de. Briefe an: Willi-Bredel-Gesellschaft, Im Grünen Grunde 1 b, 22337 Hamburg

18 Stolpersteine für Harburg

Am 28. November verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig in Harburg 18 neue Stolpersteine. Sie waren für: Anna und Erika Dawidowicz, Alice Weilová und Lili Wertheimer, die im Außenlager Neugraben des KZ Neuengamme inhaftiert waren. Es folgten Chaja Ester Schulz, Meier Schulz und Nathan Nafthalie Schulz, ferner Charlotte und Leopold Stempel, Minna Bachrach sowie Hertha Künstlinger, die in Auschwitz ermordet wurde. Gedacht wurde an die Familie Deborah, Isacher und Manfred Berger, Leopold Meier, Erna Parls, Selma Cain und Hedwig Mamsohn. Alle Opfer waren Jüdinnen und Juden. Insgesamt gibt es in Harburg und Wilhelmsburg fast 200 Stolpersteine, in ganz Hamburg 4.600. ***H. J. Meyer***

Zwei Veranstaltungen auf einer Doppel-DVD

Als Esther Bejarano in Fulda war

Im April 2015 gab es in Fulda zwei großartige Veranstaltungen mit Esther Bejarano. Am Vormittag las sie vor über tausend Fuldaer Schülerinnen und Schülern in der Christuskirche aus ihren Erinnerungen und stellte sich anschließend einer Vielzahl interessierter Fragen der jungen Leute. Am Abend gab sie gemeinsam mit »Microphone Mafia« ein Konzert in der ausverkauften Kongresshalle. Im Rahmenprogramm sprachen u. a. Oberbürgermeister Gerhard Möller (CDU), der Generalsekretär der FIR Ulrich Schneider und das Vorstandsmitglied der IG BAU Carsten Burkhardt. Fuldaer Schülerinnen und Schüler führten Szenen aus der Kinderoper »Brundibar«, die im Ghetto Theresienstadt komponiert worden war, auf. Beide Veranstaltungen haben bis heute positive Wirkungen in der Stadt und für die antifaschistische Arbeit.

Nun hat das Bündnis »Fulda stellt sich quer gegen Rassismus«, unterstützt von Medienpartnern (die Zeitschriften printzip und Agora) und der IG BAU, diese eindrucksvollen Veranstaltungen als Doppel-DVD mit einer Laufzeit von über 4 ½ Stunden veröffentlicht. Durch professionelle Aufnahmetechnik und überzeugende Bearbeitung wird die Atmosphäre beider Veranstaltungen auch für diejenigen erlebbar, die nicht in Fulda dabei sein konnten.

Die DVD kann zum Preis von 14 € bestellt werden beim Verein www.fulda-stellt-sich-quer.de, p.A. Andreas Goerke, Bronnzellerstraße 29, 36043 Fulda, Mail: GoerkeFD@aol.com

Gedenken an unsere Verstorbenen

Langjährige Mitglieder der hessischen VVN-BdA sind im vergangenen Jahr gestorben. Einige von ihnen waren Gründungsmitglieder und auch Funktionsträger und -trägerinnen in der VVN. Stellvertretend für alle nennen wir Albin Borst, Gertrud Grünewald und Peter Strutynski. Wir haben ihnen allen viel zu verdanken. Wir erinnern uns gerne an sie. Sie bleiben in unserem Gedächtnis. In ihrem Sinne wollen wir weiter wirken.

Ulrich Schneider, P.C. Walther

Im Langener Jugendzentrum mit aktiver Beteiligung von Jugendlichen:

Zwei gelungene »Wochen gegen rechts«


»Wochen gegen rechts« im Jugendzentrum Langen. Blick in eine der Veranstaltungen. Im Hintergrund die Tafeln der Neofa-Ausstellung und eines der Wandbilder von Joshua Rauschenbach.

»Bunt gegen braun« war das Motto, unter dem im Jugendzentrum der südhessischen Stadt Langen gegen Ende des vergangenen Jahres (vom 7. bis 20. November) zwei »Aktionswochen gegen rechts« stattfanden.

Organisiert vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Langen und der VVN-BdA Hessen, wurde dabei die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« gezeigt. Unterstützt wurde die Veranstaltung von »Demokratie leben«, einem Projekt des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Hauptziel der Gesamtveranstaltung war es, vor allem Jugendliche für eine aktive Beteiligung zu gewinnen, Schulklassen und Jugendgruppen durch die Ausstellung zu führen sowie Geflüchtete willkommen zu heißen. Das alles ist gut gelungen.

Rainer Elsinger vom Antifa-Bündnis Langen berichtete bei der Eröffnungsveranstaltung über die Arbeit des Bündnisses, zu der das Erinnern an die Pogromnacht im November 1938 und die Aufarbeitung des Nazi-Faschismus, wie er sich in Langen gezeigt hat, gehört. Diese Arbeit musste anfänglich gegen das »offizielle Langen« durchgesetzt werden.

So fanden und finden zweimal jährlich antifaschistische Stadtrundgänge statt; bis 2013 wurden Stolpersteine für die Opfer des Faschismus verlegt. Der Kampf gegen Neonazis, wie er bereits vor 35 Jahren gegen die FAP in Langen geführt wurde, könne heute jederzeit auch in dieser Stadt wieder nötig werden.

Die VVN-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« war im Raum freischwebend von der Decke herab von beiden Seiten begehbar aufgehängt. Das Wimmelbild »Struktur des Neofaschismus« beherrschte die Bühne. Außerdem hingen zwei große Bilder des Langener Künstlers Joshua Rauschenbach zum Thema Kriegswahnsinn und der Rolle Deutschlands als Zufluchtsland als Leihgabe im Raum.

Führungen durch die Ausstellung gab es für Schulklassen, für eine Konfirmandengruppe sowie für kleinere Besuchergruppen.

Während der zwei »Wochen gegen rechts« fanden ein Hip-Hop-Workshop und ein Kreativ-Workshop statt, die von den Jugendlichen gut angenommen wurden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Hip-Hop-Workshop präsentierten sich auf der Bühne mit einem eigenen Song. Die Arbeiten der Jugendlichen im Kreativ-Workshop wurden bei der Abschlussveranstaltung gezeigt. Sie wurden bewusst über die Tafeln der Neofaschismus-Ausstellung gehängt – als ihre Antwort auf die Nazi-Ideologie.



Semereab Teklia aus Eritrea auf der Bühne

In einer weiteren Veranstaltung berichtete Christian Weißgerber, Aussteiger aus der Neonazi-Szene, einem sehr interessierten Publikum, wie er sich erfolgreich mit der Ideologie der autonomen Nationalisten auseinandergesetzt hat und wie ihm der Ausstieg gelang.

Musikalische Beiträge zu den Aktionswochen lieferten Tom Flow mit einer Hip-Hop-Performance, der Chor »Entrüstet Euch« aus Friedrichsdorf im Taunus mit politischen Liedern sowie Semereab Teklia mit eritreischer Musik.

Rosi Steffens
Fotos: Philipp Schappert

Redaktion: P. C. Walther,

Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen! Spendenkonto: VVN-BdA Hessen Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Gedanken zu antifaschistischen Aufgaben in Hessen

Nicht zuletzt: Die Verfassung verteidigen

Das Jahr 2015 war für alle hessischen Kreisvereinigungen und andere antifaschistischen Kräfte ein Höhepunkt politischer Mobilisierung. Der Schwerpunkt der gemeinsamen und gleichgerichteten Arbeit lag in diesem Jahr in der Erinnerungsarbeit bezogen auf den 70. Jahrestag der regionalen Befreiungstage und den 8. Mai 1945.

In vielfältiger Form wurde öffentlich an diese historischen Ereignisse erinnert und die antifaschistischen Botschaften, »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln! Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit!« verbreitet. Herausragend waren die öffentlichen Aktionen in Frankfurt auf dem Römerberg, in Offenbach oder in Kassel auf dem Friedrichsplatz. Jeweils mehrere hundert Menschen kamen, initiiert durch die VVN-BdA, zum gemeinsamen Feiern zusammen. Selbst in Regionen, in denen es noch keine VVN-Kreisvereinigung gibt, fanden beeindruckende antifaschistische Veranstaltungen statt, wie z. B. in Fulda mit Esther Bejarano. Dieser positive Schwung konnte in den folgenden Wochen auch genutzt werden, um dem zunehmend aggressiveren Aufmarsch rechtspopulistischer und extrem rechter Gruppen der Marken Fragida, Fugida oder Kagida entgegenzutreten.

Die aktuelle Flüchtlingssituation bereitet nicht zuletzt durch die Haltung der Landesregierung große Unruhe im Lande. Noch erleben wir in fast allen Gemeinden eine hohe Bereitschaft der Zivilgesellschaft, sich in der Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen zu engagieren. Jedoch versuchen Rechtspopulisten und extrem rechte Kräfte, eine Gegenstimmung anzuheizen und für sich zu nutzen.

Brandstiftungen und Anschläge auf geplante Unterkünfte, Provokationen in Bürgerversammlungen und offene Aggression gegen Migranten in einigen Städten sind Indizien für die sich verschlechternde politische Stimmung.

Es ist eine Aufgabe der antifaschistischen Kräfte und damit auch der Kreisvereinigungen der VVN-BdA, in die öffentlichen Debatten auch im Rahmen des anstehenden Kommunalwahlkampfes einzugreifen und ein Anwachsen der Rechtspopulisten zu verhindern. Sah es, nicht zuletzt auf Grund der inneren Zerstrittenheit der AfD, so aus, als würden sie in Hessen keinerlei Einfluss erreichen können, so steht in der gegenwärtigen Stimmungslage zu befürchten, dass die Partei in zahlreiche Kommunalparlamente einziehen wird und damit eine politische Rechtsverschiebung bewirkt. In unserem eigenen Interesse müssen wir alle Initiativen unterstützen, die dieses ver- bzw. behindern können.

Eine wichtige Gelegenheit zur antifaschistischen Selbstverständigung in Hessen ergibt sich auf der geplanten Konferenz anlässlich des diesjährigen 100. Geburtstages von Peter Gingold. Hier geht es nicht nur um die Erinnerung an einen großartigen Menschen, einen jüdischen Kommunisten und Kämpfer in den Reihen der französischen Resistance, der bis zu seinem Tod für die antifaschistischen Ideale stand, sondern es geht auch um eine gegenseitige Selbstverständigung über die Ziele und Perspektiven antifaschistischer Arbeit mit Blick auf die kommenden Generationen.

Als VVN-BdA verstehen wir uns als Bewahrerin des antifaschistischen Vermächtnisses der Kämpfer-Generation. In Hessen haben wir im Jahr 2016 in diesem Zusammenhang eine große Aufgabe, nämlich die Begründung und Verteidigung des antifaschistischen Charakters der hessischen Landesverfassung, die von Überlebenden des KZ Buchenwald und anderen Nazigegnern maßgeblich geprägt und am 1. Dezember 1946 in einem Volksentscheid als Ausdruck des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns verabschiedet wurde.

Die hessische VVN und ihre Kreisvereinigungen sollten einen politischen Schwerpunkt darauf legen, den antifaschistischen Gehalt dieser Verfassung in Erinnerung zu bringen und ihn gegen alle Versuche rechter Normierung zu verteidigen.

Ulrich Schneider



Esther Bejarano und Microphone Mafia **Foto: Jutta Harnisch**

Sinti und Roma – eine wiederkehrende Diskriminierung

Antiziganismus wie Antisemitismus

Anfang Dezember 2015 fand in Darmstadt die mittlerweile 3. Tagung gegen Antiziganismus statt. Eingeladen vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma, trafen sich Wissenschaftler und Pädagogen zum Thema »Ausgrenzung und Verfolgung«. Oberbürgermeister Jochen Partsch erinnerte in seiner Begrüßung an den Mord an 500.000 Sinti und Roma während der Nazizeit. Lange Zeit sei ignoriert worden, dass sie zu den am massivsten diskriminierten Gruppen gehören. Als erste Stadt habe Darmstadt den Antiziganismus als eine Form des Rassismus zum Thema gemacht, sagte er.

Den Eröffnungsvortrag hielt Udo Engbring-Romang, der in die Ausstellung einführte. Er sprach über die Darstellung der sogenannten Zigeuner seit dem 15. Jahrhundert.

In vier Workshops wurden die Geschichte und Aktualität der Diskriminierung, ihre Stereotypen und der Blick der Mehrheitsgesellschaft auf die deutschen Sinti und Roma thematisiert.

Durch Zeitzeugen und Vertreter der Betroffenen wurde den Teilnehmenden anschaulich deutlich, welche Herausforderungen verinnerlichte und medial reproduzierte Vorurteile für die Anerkennung dieser Bevölkerungsgruppe darstellen.

»Wir wollen, dass der Antiziganismus im Unterricht genauso behandelt wird wie der Antisemitismus«, forderte Rinaldo Strauß vom Landesverband der deutschen Sinti und Roma.

Das Thema Diskriminierung ist keineswegs nur historisch. Während OB Partsch bei der Begrüßung noch vor einer Aushöhlung des Asylrechts warnte, wurde auf der abschließenden Podiumsdebatte, an der auch hessische Landtagsabgeordnete teilnahmen, deutlich, dass es die Landesregierung selber ist, die durch die Diskriminierung von Schutzsuchenden als »Wirtschaftsflüchtlinge« und deren Abschiebung in den angeblich »verfolgungsfreien« Kosovo zur Ausgrenzung von Sinti und Roma beiträgt. ***U. Schneider***

Kundgebung und Demonstration gegen NPD-Auftritt am 24. Oktober 2015

Bad Fallingbostel steht auf gegen NPD

Das Kräfteverhältnis in Bad Fallingbostel im Heidekreis war eindeutig. Etwa 25 Anhängern der rechtsextremen NPD, die zu einer Kundgebung unter dem Motto »Asylflut stoppen« aufgerufen hatte, standen geschätzte 500 Gegendemonstranten gegenüber.



Demo und Kundgebung stellen klar: Bad Fallingbostel ist kein Ort für rassistische Stimmungsmache! Foto: Horst Stehr

Die NPD nutzt bestehende Sorgen und Ängste in der Bevölkerung aus, um ihre rassistische Hetze an den Mann zu bringen, um Hass und Sozialneid zu schüren und Flüchtlinge als Feindbilder aufzubauen. So war auf einem NPD-Banner zu lesen: »Heimreise statt Einwanderung! Deutsche Kinder braucht das Land!« Ja, die Anhänger der NPD machen nicht einmal davor Halt, Flüchtlinge und die vielen ehrenamtlichen Helfer und Freiwilligen zu bedrohen.

Ein breites Bündnis aus DGB, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, Jusos, ver.di und VVN-BdA hatte aufgerufen, sich in aller Öffentlichkeit symbolisch schützend vor die Flüchtlinge zu stellen, die in den umliegenden Kasernen von Fallingbostel teils schon untergebracht sind und teilweise noch eintreffen sollen. Mit ca. 350 Teilnehmern stellte das breite Bündnis beeindruckend klar: Fallingbostel ist kein Ort für Nazis. Ihr Hass und ihre Gewalt sind nicht erwünscht.

Das wurde aber auch klar durch die vielen Redebeiträge der ganz unterschiedlichen Organisationen und auch Einzelpersonen, die sich spontan zu Wort meldeten. Der Sprecher der VVN-BdA, Klaus Meyer, wies in seinem Beitrag auf das Grundgesetz und das bestehende Asylrecht hin. Ein anderer Sprecher meinte: »Lieber Tausend Flüchtlinge als ein Nazi.«

Zählt man die Teilnehmer der gleichzeitig stattgefundenen kirchlichen Kundgebung noch hinzu, so ergibt sich eine Zahl von über 500 Demonstranten, die friedlich gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit demonstrierten. Leider gelang es nicht, die »kirchliche« Kundgebung mit dem breiten Bündnis zu einer gemeinsamen Veranstaltung zu bewegen.

Horst Stehr, KV Celle

Wolfsburger Verein zeichnet Realschule Rühen mit Maurice-Gleize-Preis aus

»Vorbildliches Engagement« gewürdigt

365 Säuglinge und Kleinkinder von Zwangsarbeiterinnen sind während des Faschismus im sogenannten Ausländer-Kinder-Pflegeheim des Volkswagenwerkes unter schrecklichen Bedingungen ums Leben gekommen. Am 9. Mai 2014 hat die VVN/BdA Wolfsburg gemeinsam mit der IG Metall Wolfsburg am authentischen Ort dieses »Kinderheimes«, am Ortsrand von Rühen bei Wolfsburg, eine Mahn- und Gedenktafel enthüllt.

Abschluss der feierlichen Preisverleihung in der Realschule Rühen: Die Schüler singen das Lied »Wenn ein Kind geboren ist« Foto: Alfred Hartung

Sie soll daran erinnern, dass diese Verbrechen nicht irgendwo »fernab«, sondern mitten im dörflichen Leben geschahen. Die Realschule Rühen hatte mitgeholfen, dass diese Gedenktafel gegen Widerstand in der Gemeinde aufgestellt werden konnte (»*antifa*« Mai/Juni 2014). Zwei Klassen nahmen seinerzeit an der Enthüllung der Tafel teil. Seither kümmert sich die Realschule um die Tafel und um das Massengrab auf dem Rühener Friedhof, wo die toten Säuglinge und Kleinkinder verscharrt wurden. Ein Kinderchor der Realschule begleitete im November 2015 erstmals die dortige Kranzniederlegung der IG Metall Wolfsburg im Rahmen der Antifa-Woche.

Dieses vorbildliche Engagement der Schülerinnen und Schüler wurde vom Wolfsburger Verein »Erinnerung und Zukunft« nun mit dem Maurice-Gleize-Preis gewürdigt. In diesem Verein arbeitet die Wolfsburger VVN/BdA aktiv mit. Urkunde und Preisgeld wurden am 26. November in einer gut besuchten Feierstunde in der Turnhalle der Realschule übergeben. Die Schülerinnen und Schüler der Realschule, die auch »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ist, informierten dabei sowohl über die Geschichte des »Kinderheimes« als auch über das Leben des französischen Widerstandskämpfers und Preisnamengebers Maurice Gleize, der das KZ Laagberg in der damaligen »Stadt des KdF-Wagens« überlebt hat und für die deutsch-französische Aussöhnung wirkte. Die Vorsitzende des Vereins, Gisela Rühl, sagte in ihrer Preisrede: »Euer Engagement für Erinnerung und Zukunft ist beispielhaft.« Mechthild Hartung, Sprecherin der VVN/BdA Niedersachsen und Wolfsburger VVN-Vorsitzende war von der Gedenkfeier beeindruckt. »Sogar eines der Gedichte von Maurice Gleize wurde von zwei Schülerinnen auf Französisch und Deutsch vorgetragen!« Die würdevolle Feierstunde klang mit einem Liedbeitrag aus, den Mechthild Hartung mit Schülerinnen und Schülern eingeübt hatte.

Alfred Hartung

Infos zum Kinderheim Rühen und der Aufstellung der Gedenktafel: wolfsburg.vvn-bda.de/tag/kinderheim-ruehen/

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Redaktion: Michael Rose-Gille



Würdigung von Widerstandskämpfern bei Stolpersteinverlegung in Peine

Straßenumbenennungen unerwünscht

Schon zum fünften Mal wurden Stolpersteine in Peine verlegt – damit sind es insgesamt 55 im Landkreis. Am 19. November waren es sechs dieser Gedenksteine, die der Künstler Gunter Demnig aus Köln ins Pflaster einließ. Organisiert wurde diese Aktion vom DGB, dem Kreisheimatbund und der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Peine, Ewald Werthmann, begrüßte ausdrücklich diese Aktion, die die Unterstützung der Stadt findet. Er freute sich über die große Zahl, denn damit wird das Gedenken an die Opfer und Verfolgten für immer wachgehalten.

Dr. Jens Binner, stellvertretender Vorsitzender des Kreisheimatbundes, stellte an den einzelnen Standorten die Lebensläufe vor. Er wies darauf hin, dass bei dieser Verlegeaktion fast überwiegend der politischen Widerstandskämpfer gedacht wurde. Binner verdeutlichte, dass die Verhaftungen unter den Augen der Bevölkerung geschahen, denn die Bewohner lebten mitten in der Stadt.

Schülerinnen und Schüler der Realschule in Peine bei der Stolpersteinlegung am 19. November 2015 Foto: Renate Meyer

Der Historiker erinnerte daran, dass in Peine immer noch eine Straße nach Richard Langeheine benannt ist. Der ehemalige Peiner Bürgermeister und Kultusminister in Niedersachsen war 1933/34 Kreisleiter der NSDAP und Oberbürgermeister in Stolp/Pommern. Damit hat der Ehrenbürger eine aktive Rolle im NS-Staat bekleidet und das verbrecherische Regime unterstützt. Leider ist eine Umbenennung nicht erwünscht.

Zuvor hatte der Kreisvorsitzende der VVN-BdA, Peter Baumeister, den Spendern für die Stolpersteine gedankt und die Namen verlesen. Im Anschluss erklärten Schülerinnen einer 10. Realschulklasse den Sinn von Stolpersteinen und legten Blumen neben einem Stein nieder. Damit fand diese Veranstaltung vor rund 80 Anwesenden einen würdigen Abschluss.

Peter Baumeister

Antirassistisch und human

Solidarität stärken! Neiddebatte verhindern!

Es ist erfreulich, dass angesichts der großen Anzahl von Flüchtlingen, die in Unterkünften und in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden müssen, eine große Bereitschaft zur Hilfe gegeben ist. Das verbessert das Klima, denn die Ehrenamtlichen kehren in ihr soziales Umfeld (Familie, Arbeitsplatz, Freunde) zurück und berichten.

In Wolfsburg organisiert die Flüchtlingshilfe e. V. mit großer Unterstützung des Integrationsreferates der Stadt »Unterstützerkreise« für alle bislang elf Standorte von Flüchtlingsunterkünften. Noch bestimmt die Idee der Solidarität die Meinung in der Stadt und in den lokalen Medien. Wenn sich allerdings die VW-Krise auf Arbeitsplätze auswirken sollte, werden wir verstärkt darum kämpfen müssen, dass nicht eine Neiddebatte angeheizt wird. Die Forderungen der Benachteiligten müssen sich an »die da oben« richten: Der Tisch für die Flüchtlinge muss von den Reichen gedeckt werden!

Mechthild Hartung

Erste Worte Deutsch
Foto: Mechthild Hartung

Veranstaltungsreihe in Göttingen, noch bis zum 30. Januar 2016

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Dienstag, 19. Januar 2016, 19.30 Uhr – ver.di, Groner-Tor-Straße 32, 2. Stock, Großer Saal Göttingen. »Die Gingolds. Eine kommunistische Familie im antifaschistischen Widerstand«
Lesung und Gespräch mit Silvia Gingold und Alice Czyborra, Töchter der bekannten Antifaschisten Etty und Peter Gingold.

Peter und Etty Gingold (geb. Stein-Haller) kamen aus jüdischen Familien, die 1933 vor den Nazis nach Paris geflohen waren. Dort lebten sie als Flüchtlinge unter sehr unsicheren ökonomischen Verhältnissen. Peter und Etty fanden beide schnell den Weg in die kommunistische Jugendbewegung und zur Freien Deutschen Jugend, in der sich deutschsprachige Hitlergegner für die gemeinsame antifaschistische Arbeit zusammenfanden. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich im Mai 1940 wirkten beide aktiv in der illegalen Französischen Kommunistischen Partei und in der Résistance mit.

Ihre Töchter Silvia Gingold und Alice Czyborra werden über die eigene Familiengeschichte erzählen, über die Widerstandstätigkeit ihrer Eltern, über die Verfolgung ihrer Familie während des Faschismus und über die neuerliche Diskriminierung und politische Verfolgung in Westdeutschland, wohin ihre Eltern 1946 gezogen waren.

Veranstaltet von der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen und dem Bildungswerk ver.di.

Mittwoch, 27. Januar 2016, 19.00 Uhr – Altes Rathaus, Markt 9, Göttingen
»Dem Überleben einen Sinn geben.« Vortrag und Zeitzeugengespräch zum Holocaustgedenktag mit Bert Woudstra aus Enschede, Niederlande.

Einführung und Moderation: Dr. Dietmar Sedlaczek. Musikalische Begleitung: Karsten Heckhausen, Cello, und Beate Quaas, Klavier

»Es gibt beinahe keinen Tag in meinem Leben, an dem ich nicht an diese Zeit zurückdenke.« Der 1932 geborene Bert Woudstra erlebte als Jugendlicher in den Niederlanden die Judenverfolgung der deutschen Besatzer. Er überlebte, weil ihn Freunde, aber auch fremde Menschen drei Jahre lang versteckten. Viele Familienangehörige hingegen wurden Opfer des Holocaust und starben in deutschen Konzentrationslagern. Von 53 Familienangehörigen haben 29 überlebt. Nach dem Krieg engagierte sich Bert Woudstra in zahlreichen sozialen und politischen Einrichtungen seiner Heimatstadt, etwa als Vorsitzender der Stiftung Synagoge Enschede, die als schönste Synagoge Westeuropas gilt. Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen ist für Bert Woudstra zu einer Lebensaufgabe geworden. Seine Botschaft ist das Eintreten für Humanität und Menschenrechte – dort, wo sie heute verletzt werden.

Veranstaltet vom Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus – 27. Januar.

Landesweite Konferenz antifaschistischer Organisationen einberufen

Die Verhältnisse verlangen Widerstand

Nach über drei Jahren ist es dringend an der Zeit, dass sich wieder die nordrhein-westfälische Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen trifft. Am 30. Januar 2016 ist es soweit: Im Kulturzentrum Cobra in der Merscheider Str. 77 in Solingen wird das 31. Treffen dieser Art stattfinden, bei dem die dramatisch veränderte Lage erörtert werden soll.

Die rassistischen »-gida«-Bewegungen und ihre Ableger werden bei der Veranstaltung ebenso ein Thema sein wie die andauernde Fluchtbewegung aus den Kriegs- und Elendsregionen sowie die Situation von Geflüchteten in NRW. Im Aufruf heißt es weiter: »Das Mittelmeer ist längst zu einem Massengrab geworden. Europa schottet sich gegen die zu ihm Fliehenden ab, obwohl es deren Elend mit zu verantworten hat. (…) Uns verbindet das Interesse an einer offenen und solidarischen Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein dürfen.« Als Fluchtursache wird der Militarismus angesehen: »Wer Bomben regnen lässt, muss sich über Flüchtlinge nicht wundern.« Auch über die Gedenkstättenpolitik in NRW soll beraten werden. Auf breiteste Beteiligung wird orientiert. Ein Rockkonzert ist eingeplant! ***F. M.***

Die traditionelle Mahnwache am 9. November vor St. Josef in Bergisch-Gladbach. Foto: Klaus Stein





Foto: Anne Kelleter

Regionalkonferenz gegen die AfD

Rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer trafen sich im Oktober in der Volkshochschule Aachen zur 7. Regionalkonferenz »Aktiv gegen rechts«. Im Plenum und in Arbeitsgruppen fand ein intensiver Austausch von Engagierten in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus statt. Aus der Abschlusserklärung der Tagung:

»Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer dramatischen Situation und Phase des historischen Umbruchs. In diesem Jahr standen besonders die von Politik und Medien ausgerufene ›Flüchtlingskrise‹ sowie die reale Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus im Zentrum der Diskussion. Moderator Ralf Woelk (Geschäftsführer des DGB-NRW Süd-West) hob hervor, dass angesichts der Vielzahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und dem Mordanschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin von einer zunehmenden Radikalisierung und Gewaltbereitschaft im rechten Lager gesprochen werden muss.«

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde unter anderem über den lokalen Charakter der »Alternative für Deutschland« (AfD) informiert oder über die Situation der Flüchtlinge in unserer Region diskutiert.

Berichtet wurde: Der »Zug der Erinnerung« setzt sich derzeit »gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde in Thessaloniki für die Entschädigung der von der Reichsbahn in die Vernichtungslager Deportierten ein«. ***PM***

25. Mahnwache in Bergisch-Gladbach

Gedenken vor der Kirche St. Josef

Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, für Toleranz und soziale Gerechtigkeit! Das war das Motto der traditionellen Mahnwache am 9. November in Bergisch-Gladbach. Ein VVN-Transparent, Fahnen der Linkspartei, der DKP und der IG BAU prägten das Bild. Etwa 40 Menschen finden sich vor der Kirche St. Josef zusammen, einen Katzensprung entfernt von der Stelle, wo auf einer Gedenktafel zu lesen ist: »Hier auf dem ehemaligen Gelände des Stellawerkes wurden 1933 durch die SA Kommunisten gefangen gehalten und misshandelt. Jüdische Bürger wurden 1941 hier zwangsinterniert und anschließend in Konzentrationslager deportiert.«

Im Juni 1933 hatten 29 Mitglieder der KPD bestialische Folter-Exzesse zu erleiden. Sie wurden später in andere Gefängnisse verlegt und schließlich wegen »Hochverrats« zu insgesamt 21 Jahren und 10 Monaten Haft verurteilt. Später diente das Gelände des Ziegelwerks als Sammelstelle für die hiesigen Juden vor ihrem Abtransport in die Vernichtungslager. Jetzt ist dort eine Baustelle, die Tafel entfernt. Landtagsabgeordnete Helene Hammelrath (SPD) hat sie in ihre Obhut genommen und lässt sie überarbeiten.

Im nächsten Jahr soll die Mahnwache wieder an dieser Stelle stattfinden. VVN-Kameradin Walborg Schröder moderierte im Namen der örtlichen VVN-BdA die kleine Versammlung. Das tut sie seit 25 Jahren und heute – mit Rücksicht auf ihr hohes Alter – zum letzten Mal.

Klaus Stein

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de zu finden. Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35



Mit »Kinder des Widerstandes« und »Der Iwan kam bis Lüdenscheid« löste die VVN-BdA NRW im Jahr 2015 ein positives Echo aus. Die Erlebnisberichte und die Zwangsarbeiterrecherche sind weiter erhältlich, die »Kinder des Widerstandes« bereits in zweiter Auflage. Interessierte schreiben bitte an nrw@vvn-bda.de

NRW-Friedensbewegung appelliert an die Landesregierung

Demo gegen Nato-Kriegspropaganda in Essen

In Essen fand am 21.11.2015 eine bundesweit beachtete Demonstration gegen Krieg und Werbung für Kriegsstrategien statt. Anlass war die Essener Konferenz des Nato-Zentrums für Luftwaffenkompetenz (JAPCC Sitz Kalkar) zum Thema »Strategische Kommunikation«, deren Hauptthema die Steigerung der Kriegsbereitschaft der Bevölkerung war.



Diether Dehm, diesmal wieder als Sänger – wie in alten Ostermarschzeiten. Foto: btr

Mit der Demonstration setzten die Ostermarsch Rhein-Ruhr, VVN-BdA, Jugendorganisationen und andere Teile der Friedensbewegung ihre Aktionen auch nach dem Ostertermin fort. Nach dem 3. Oktober (»*antifa*« berichtete) und der Demo in Essen wird auch der nächste Ostermarsch sich besonders mit der gefährlichen Entwicklung in NRW befassen.

Dazu hieß es in der Rede von Falk Mikosch, Landessprecher der VVN-BdA, in Essen: »Die hauptsächliche Fluchtursache ist der Krieg! Und damit sind wir bei der NATO. Sie führte Kriege und löste Flüchtlingsströme aus. Und sie bereitet neue Kriege vor, denen gegenüber die alten wie armselige Versuche aussehen. Das geschieht hier in Nordrhein-Westfalen, in Kalkar. Instrument der Kriegsvorbereitung ist das Vereinte Luftkraft-Kompetenz-Zentrum (JAPCC).

Die Kriege der Zukunft sind solche in der Luft, ob mit oder ohne Piloten. Über 4.000 Soldaten und Offiziere mit 100 Flugzeugen nahmen bereits an von hier gesteuerten Übungen teil, nah an der russischen Grenze. Hinzu kamen noch die rund 800 Experten, die von Kalkar/Uedem am Niederrhein aus die Übung kommandierten. Also aus unserem Bundesland, das somit in die aktuelle bedrohliche Lage eingebunden ist. Von hier werden schon jetzt Eurofighter und AWACS-Flugzeuge ganz nah an die russische Grenze herangeführt.

Von Kalkar/Uedem soll ein Kampfdrohnenkrieg auch in aller Welt ermöglicht werden. Auch in den Raketenschirm gegen Russland wird Kalkar einbezogen. Der Raketenschirm muss Russland beunruhigen! In Erinnerung rufen wir die alte Erkenntnis der Friedensbewegung: Raketen sind Magneten!

Wir appellieren erneut, auch an unsere Landesregierung: In den gegenwärtigen zugespitzten Zeiten ist es dringend erforderlich, dass sich auch die Landespolitik mit dem Ringen um Frieden und der Verhütung von Kriegen befasst, noch dazu, wenn die Entwicklung eine besondere Gefährdung für unser Nordrhein-Westfalen bedeutet.«

Und im Ostermarschaufruf 2016 wird betont: »Wir fordern von der Bundesregierung, gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom März 2010 den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland zu veranlassen. Zudem muss gerade in NRW die Weiterverbreitung von Nuklearwaffentechnik verhindert und die Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stillgelegt werden.

Als Ostermarsch Rhein Ruhr erklären wir: Krieg beginnt bei uns, beginnt auch in NRW. Er beginnt in der NATO-Kommandozentrale in Kalkar, in Rüstungsbetrieben wie Rheinmetall in Düsseldorf, in der Urananreicherungsanlage oder in Schulen und Universitäten, in denen die Bundeswehr Nachwuchs wirbt. Stoppen wir den Krieg hier bei uns!«



In Hunswinkel und an der Versetalsperre wurden hunderte KZ-Insassen ermordet. Eine Gedenktafel wurde von »Unbekannt« zerstört. Die Tat blieb unaufgeklärt. Doch die Gedenkstätte Lüdenscheid nahm die Erinnerungsarbeit für die Opfer auf. Foto: Wagner

Bündnis gegen rechts feierte mit den Flüchtlingen

DIDF lud die Evinger Flüchtlinge ein

Der freundschaftliche Kontakt des Bündnisses »Dortmund gegen Rechts« zur DIDF, einer demokratischen türkisch-kurdischen Migrantenorganisation, ermöglichte es, den Flüchtlingen aus Dortmund-Eving einen festlichen Abend außerhalb ihres Wohnheims zu bereiten. 80 Gäste (siehe das UR-Foto) konnten im Bezent, dem Dortmunder Zentrum der DIDF, begrüßt werden. Bei einem reichhaltigen Buffet, Kaffee, Kuchen und der mitreißenden Musik der Gruppe Ciwan stieg die Stimmung. Es wurde mitgesungen und getanzt; Kinder malten Friedenstauben, schmückten damit den Tannenbaum und trugen schließlich selbst Gedichte und Lieder aus ihren Heimatländern vor. Ula Richter (VVN-BdA und BDgR): »Ein schöner Abend für alle, der unseren Gästen für ein paar Stunden ihren harten Alltag vergessen machen konnte.«



Begegnung im Bezent

Der »harte Alltag« äußert sich in Eving immer wieder darin, dass Nazis aufmarschieren, um Menschenverachtung und Rassismus zu verbreiten. Die Bürgerinitiative »Gesicht zeigen gegen rechts« verurteilt die unzureichende Antwort von Polizei und Behörden gegen die Nazis. Die Polizei solle Demo-Anmeldungen der Rechten veröffentlichen, damit dagegen mobil gemacht werden könne. *u.r.*

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Kontinuierliche Arbeit mit Jugendlichen in Hoyerswerda

20 Jahre »Wider das Vergessen«

Das Projekt »Wider das Vergessen« in Hoyerswerda wurde 1996 in Würdigung des Tages zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ins Leben gerufen. Seitdem wird es gemeinsam durch den VVN-BdA Stadtverband Hoyerswerda und die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven (RAA) Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. vorbereitet und organisiert. Mittlerweile wird es mit fünf Projektschulen durchgeführt. Die Stadt Hoyerswerda hat es in all den Jahren stets unterstützt.

Gegen das Vergessen und gegen zunehmenden Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, gerade auch in Sachsen, sollen durch die präventive Arbeit mit Schülerinnen und Schülern demokratische Werte vermittelt werden. Durch die intensive Projektarbeit der Jugendlichen, die keinen eigenen biografischen Bezug mehr zur nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands haben, betrachten sie die Geschichte nicht nur als rückwärtsgewandte Erinnerung. Sie ziehen daraus Lehren für das eigene demokratische Handeln in der Gegenwart und werden befähigt, sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Begonnen hat alles damit, dass der VVN-BdA den Gymnasien in Hoyerswerda angeboten hatte, dass Zeitzeugen des Nationalsozialismus mit den Schülerinnen und Schülern sprechen und ihnen ihre Erlebnisse und Erfahrungen vermitteln. Das Interesse der Jugendlichen war so groß, dass sich alleine für das Gespräch mit Justin Sonder, einem der letzten Überlebenden von Auschwitz, ca. 100 Schüler eintrugen. Um die Arbeit mit den Schulen zu strukturieren und Kontinuität zu erreichen, wurde die RAA Hoyerswerda Projektpartner, da sie einerseits bereits über viel Erfahrung bei der Durchführung von Projekten mit Schulen verfügte und zum anderen ihren Fokus auf die demokratische Bildung von jungen


Foto: Peter Giersich

Begrüßung des Zeitzeugen und Auschwitz-Überlebenden Justin Sonder durch eine Schülerin.

Menschen legt. Waren es anfänglich Gedenkwochen in Vorbereitung des 27. Januar, hat sich über die Jahre daraus ein Programm entwickelt, das die Schülerinnen und Schüler ein ganzes Schuljahr lang begleitet. Neben Ausstellungen, Buchlesungen und Filmen sind eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und vor allem Gespräche mit Zeitzeugen die Schwerpunkte des Projektes.

Während der vergangenen 20 Jahre haben mehr als 20 Zeitzeugen mit den Jugendlichen gesprochen, viele von ihnen regelmäßig jedes Jahr. Heute sind nur noch wenige am Leben, aber trotz ihres hohen Alters ist es ihnen immer noch ein Bedürfnis, den Schülern ihre Erfahrungen zu vermitteln und sie zum Handeln gegen rechtes und menschenfeindliches Gedankengut zu motivieren.

Für dieses Engagement kann man sich nicht genug bedanken. Aber auch Söhne und Töchter von Verfolgten des Nationalsozialismus sind daran interessiert, anhand des Schicksals ihrer Eltern die junge Generation aufzuklären. Sie kommen nach Hoyerswerda als »Zeitzeugen in der zweiten Generation«.

Was den Schülern diese Gespräche und das gesamte Projekt bedeuten, widerspiegelt sich in von ihnen gestalteten Wandzeitungen, selbst verfassten Gedichten und zahlreichen Aufsätzen.

Sigrid Kastner, Hoyerswerda

Kreisverband Sächsische Schweiz der VVN-BdA zieht Bilanz

2015 – ein ereignisreiches Jahr

Der Kreisverband Sächsische Schweiz der VVN-BdA kann auf eine Vielzahl von Veranstaltungen und Ereignissen im Jahr 2015 zurückblicken. Es begann mit Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Am Ehrenmal an der Grohmannstraße in Pirna sprach Oberbürgermeister Klaus-Peter Hanke (Freie Wähler). Er spannte den Bogen von der zwölfjährigen braunen Zeit 1933-1945 bis in die heutigen Tage mit den Problemen der Asylsuchenden. Worte des Gedenkens sprach auch Steffen Richter vom Alternativen Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ). Das Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein führte ein Gedenken an die Opfer der Euthanasie durch.

Der Bürgermeister von Hohnstein, Daniel Brade, lud am 13. Januar zu einem Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz ein. Dabei wurde auch an die Opfer erinnert, die im Schutzhaftlager Burg Hohnstein – dem ersten KZ in Sachsen – zu Tode kamen. Ansprachen hielten Landrat Michael Geisler und Pfarrerin Brigitte Schleinitz.
Vertreter von demokratischen Parteien, Kirchen, Institutionen und Vereinen folgten der Einladung von OB Hanke zur Dritten Bürgerrunde. In der Diskussion ging es um den Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten. Steffen Richter und Bernd Anger von der VVN-BdA nahmen daran aktiv teil. OB Hanke setzt sich für Flüchtlinge ein und engagiert sich gegen Rassismus. Deswegen erhielten er und seine Familie Drohungen aus dem rechten Spektrum. Das AKuBiZ Pirna initiierte eine Unterschriftenaktion zur Solidarisierung mit Klaus-Peter Hanke, an der sich auch unser Kreisverband beteiligte.

Am 21. April weilten sieben russische Gäste der »Gesellschaft zur Hilfe für Kriegsveteranen in Russland e.V.« in Pirna. Vier Teilnehmerinnen waren als Kinder mit ihren Müttern in faschistische Lager nach Deutschland verschleppt worden. OB Hanke begrüßte die Gäste während der Gedenkveranstaltung auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof. Worte des Gedenkens zum 70. Jahrestag der Befreiung sprach auch unsere Kameradin Sonja Pick. Die Teilnehmer ehrten die Gefallenen mit Blumen.

Am 26. April 2015 nahmen Vertreter unseres Verbandes an der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung im KZ Flossenbürg statt. Im Anschluss fand ein Treffen mit Josef und Michael Salomonovic, ehemalige Häftlinge in Außenlager Pirna, statt. Sie waren schon mehrmals als Zeitzeugen bei uns zu Gast.

Das AKuBiZ führte im Juli eine Veranstaltung zum 80. Jahrestag der Ermordung von Max Niklas, Walter Richter und Artur Tiermann an der Schneise 31 in Altenberg durch. Kamerad Lutz Richter (MdL) begrüßte die Anwesenden. Zur Gruppe Tiermann/Niklas/Richter gehörte auch Johannes Müller. Seine Tochter las am Veranstaltungsort Auszüge aus Briefen ihres Vaters vor, die er während seiner Inhaftierung aus Zuchthaus und KZ schrieb. AKuBiZ-Mitglieder verlasen die Namen der Opfer des Faschismus im ehemaligen Landkreis Pirna.

Im August kamen mehrere Hundert Flüchtlinge nach Heidenau. Das führte zu hasserfüllten Auftritten von Neonazis und ihrer Unterstützer. Wir veröffentlichten eine Stellungnahme in der »Sächsischen Zeitung« (SZ), in der wir uns auf die Seite der Flüchtlinge stellten. Darin würdigten wir auch die Helfer, die sich vielfach aufopferten, um größtmögliche Hilfe zu leisten.

Sonja Pick, Bernd Anger, Pirna